**Infobrief Nr. 17/2019 vom 29.04.2019, 18. Jahrgang**

## Aus dem Europäischen Parlament

**Abschiedsgespräch mit der Deutschen Verkehrs-Zeitung (DVZ) in Straßburg**

# „Ohne Transport, Logistik und Mobilität dreht sich kein Rad“

**Aus dem Verkehrsausschuss des EU-Parlaments werden zum Ende der Legislaturperiode gleich drei deutsche langjährige Mitglieder freiwillig ausscheiden.**

Das sind Gesine Meißner (FDP, seit zehn Jahren mit von der Partie) sowie Michael Cramer (Grüne, seit 15 Jahren dabei) und ich (stolze 28 Jahre im Parlament!). Damit wird von Seiten Deutschlands eine fundamentale Neubesetzung des Ausschusses für Verkehr und Tourismus erforderlich.

Diesen Anlass nutzten die Redakteure der Deutschen Verkehrs-Zeitung (DVZ), um mit uns dreien ein Abschiedsgespräch zu führen: Was haben wir erreicht, wie war die Zusammenarbeit, welche Herausforderungen kommen auf die zukünftigen EU-Verkehrspolitiker zu? Im Gespräch versuchten wir noch einmal unsere unterschiedlichen Positionen zu verschiedenen verkehrspolitischen Themen herauszuarbeiten. Am Ende unserer Bilanz überwogen jedoch eher die Gemeinsamkeiten als die Unterschiede. Vor allem bei sicherheitsrelevanten Aspekten waren die Differenzen nicht groß: Unfälle zu vermeiden und Menschenleben zu retten beziehungsweise schwere Unfallfolgen zu vermeiden, lag uns gleichermaßen am Herzen. Deshalb waren wir gerade in den letzten Jahren so erfolgreich!

Bei Themen der Energieversorgungssicherheit (Transport von Rohstoffen), der Bedeutung des Flugverkehrs und der Nachhaltigkeit des Straßenverkehrs lagen wir erwartungsgemäß auseinander. Dennoch wurde erneut deutlich, dass Erfolge im Interesse Deutschlands und der Welt auch von der Bündelung der Kräfte in Brüssel abhängen. Wir waren uns zudem einig darüber, dass die Verkehrs- und Tourismuspolitik eines der bedeutendsten Politikfelder umfasst, aber auch gleichzeitig am meisten unterschätzt wird. Ohne Transport, Logistik und Mobilität dreht sich kein „Rad“!

**Europäische Bürgerinitiative „Wohnen für alle“:** Die EU-Kommission hat die Europäische Bürgerinitiative „Wohnen für alle“ registriert. Ziel der Initiative ist es, bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, um Wohnen für alle Menschen in Europa zu ermöglichen. Die Initiatoren wollen erreichen, dass die Maastricht-Kriterien bei öffentlichen Investitionen in günstiges Wohnen keine Anwendung mehr finden und dass der Zugang zu EU-Finanzmitteln für gemeinnützige und nachhaltige Wohnbauträger erleichtert wird. Mit der Registrierung der maßgeblich von der Stadt Wien getragenen Bürgerinitiative haben die Organisatoren nun ein Jahr Zeit, um Unterschriften zur Unterstützung ihres Vorschlags zu sammeln: *https://bit.ly/2OerSyZ*

**Überarbeitung des Allgemeinen Lebensmittelgesetzes der EU – Vertrauen der Verbraucher soll gestärkt werden**

# Studien zur Lebensmittelsicherheit werden künftig veröffentlicht

**Das Zulassungsverfahren von Pestiziden, gentechnisch veränderten Organismen und Futtermittelzusatzstoffen wird zukünftig transparenter und nachvollziehbarer.**

Die europäischen Vorgaben zur Risikobewertung im Lebensmittelbereich gehören schon heute zu den strengsten der Welt. Trotzdem haben wir in der letzten Sitzungswoche des Plenums noch einmal draufgesattelt: Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (European Food Safety Authority, EFSA) muss zukünftig alle Studien veröffentlichen, aufgrund derer sie Pestizide und andere Stoffe zulassen will. Alle einer Bewerbung zugrunde liegenden Untersuchungen sollen in einer Datenbank erfasst werden. Auf diese Weise kann die Industrie unliebsame Studien nicht länger unter Verschluss halten. Einige Informationen, wie beispielsweise zum Herstellungs- oder Erzeugungsprozess, können jedoch vertraulich behandelt werden. Dies soll aber nur für eine begrenzte Liste von „nicht sicherheitsrelevanten Informationen" gewährt werden. Die Unternehmen müssen darüber hinaus nachweisen können, dass sie kommerziellen Schaden erleiden würden, falls die Informationen öffentlich zugänglich wären.
Sobald der Ministerrat den Text formell gebilligt hat, kann das Gesetz in Kraft treten. Ab Ende 2020 müssen Studien zur Lebensmittelsicherheit und zur Bewertung von Umweltrisiken dann automatisch, also ohne dass ein Antrag auf Offenlegung notwendig ist, veröffentlicht werden. Die neue Verordnung geht übrigens auf die Europäische Bürgerinitiative „Stopp Glyphosat!" zurück, mit der 1,4 Millionen Menschen unter anderem mehr Transparenz über die Entscheidungsfindung im Zulassungsprozess gefordert hatten.

**Gute Nachrichten aus dem EU-Statistikamt**

# Arbeitslosigkeit in der Eurozone bleibt auf Zehnjahrestief

Die Arbeitslosigkeit im Euroraum ist im Februar unverändert auf dem tiefsten Stand seit mehr als zehn Jahren verharrt. Die Arbeitslosenquote habe wie im Vormonat 7,8 Prozent betragen, teilte das Statistikamt Eurostat mit. Das ist nach wie vor die niedrigste Quote seit Oktober 2008. Die Situation an den europäischen Arbeitsmärkten hat sich zuletzt deutlich entspannt.
So hatte die Arbeitslosenquote im Euroraum vor einem Jahr noch bei 8,5 Prozent gelegen. In der Hochphase der Euro-Schuldenkrise war die Quote zeitweise bis über 12 Prozent gestiegen. Nach wie vor gibt es in der Eurozone große Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit. Während Deutschland nach internationaler Berechnungsmethode mit 3,1 Prozent die niedrigste Quote hat, ist sie in Griechenland am höchsten. Nach jüngsten Daten vom Dezember beträgt die Quote hier 18,0 Prozent. Für Spanien meldet Eurostat eine Arbeitslosenquote von 13,9 Prozent. Die Arbeitslosenquote in der gesamten EU betrug im Durchschnitt 6,5 Prozent. Am niedrigsten war sie in Tschechien mit 1,9 Prozent.

**EU fördert zwölf strategische deutsche Verkehrsprojekte:** Die EU-Kommission hat, nachdem ich für die Annahme der rechtlichen Voraussetzungen (siehe C-ITS im IB 16) gesorgt habe, für 69 zentrale europäische Verkehrsprojekte Investitionen in Höhe von insgesamt 421 Millionen Euro vorgeschlagen. Zwölf deutsche Verkehrsprojekte sollen mit 57 Millionen Euro gefördert werden. Zu den ausgewählten Maßnahmen gehört beispielsweise die Umsetzung von Pilotprojekten des Cooperative Intelligent Transport Systems (C-ITS) in städtischen Gebieten innerhalb von Hamburg, Hessen und Dresden. Diese Pilotprojekte werden als Beispiel für den groß angelegten Einsatz von C-ITS-Diensten dienen, die schrittweise eine vernetzte und automatisierte Mobilität ermöglichen. Zu den erwarteten Vorteilen gehören die Reduzierung von Unfällen und Reisezeiten.

**Mein Tipp für Sie: Diesjähriges Thüringer Europafest findet am 4. Mai in Suhl statt**

## Bühnenprogramm und Vorstellung der Europawahl-Kandidaten

Im Rahmen der Europawoche 2019 findet das diesjährige Thüringer Europafest am 4. Mai von 10 bis 17 Uhr auf dem Platz der Deutschen Einheit in Suhl statt. Ein interessantes Bühnenprogramm mit Diskussionen, Musik und Tanz sowie ein buntes Kinderprogramm werden ebenso geboten wie Informationsstände zu aktuellen europapolitischen Fragen. Zahlreiche Vereine und Verbände präsentieren ihre Arbeit. Jugendliche können sich über Auslandsaufenthalte informieren. Die Preisträger des Europäischen Schülerwettbewerbs werden geehrt. Am Diskussionstisch stellen sich Politiker, unter anderem Mitglieder der Landesregierung und Kandidaten für die Europawahl 2019, dem Gespräch. Außerdem werden 20 Jahre Europaschulen in Thüringen sowie das 40-jährige Jubiläum der Partnerschaft zwischen Suhl und Budweis gefeiert. Mehr zum Programm finden Sie unter:
*https://www.staatskanzlei-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Programm-Europafest-2019.pdf*

**Mein Tipp für Thüringer Schulen: EU-Schulprogramm fördert gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen**

## Deutschland erhält für 2019/20 knapp 36 Millionen Euro

Schulen, Kindergärten und ähnliche Einrichtungen können mit Unterstützung der EU Kindern und Jugendlichen dabei helfen, sich gesund mit Obst, Gemüse und Milchprodukten zu ernähren. In jedem Schuljahr steuert die EU-Kommission 250 Millionen Euro zu entsprechenden Programmen bei. Deutschland erhält für das Schuljahr 2019/2020 knapp 36 Millionen Euro. Die Mittel werden aus nationalen Kassen aufgestockt. Teilnehmende Schulen müssen auch für eine pädagogische Begleitung der Essensverteilung sorgen, etwa im Unterricht oder durch Besuche von Bauernhöfen. Wann und wie man sich für eine Teilnahme am EU-Schulprogramm bewerben kann, ist je nach Bundesland unterschiedlich. Für Thüringen sind die Bewerbungsfristen noch nicht veröffentlicht. Detaillierte Informationen zu dem Programm und weiterführende Links finden Sie auf folgender Website:
*https://www.bmel.de/DE/Ernaehrung/GesundeErnaehrung/KitaSchule/_Texte/Schulobst.html*

### Zukunfts-Symposium „Wohin driftet Europa?“

Aufgabe der Währungsunion zwanzig Jahre nach der Euro-Einführung ist es nach wie vor, den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten zu schaffen, um so die Gesamtwirtschaft zu stärken. Ein Mangel an Unterstützung für die Vollendung der Währungsunion hemmt die EU in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Das 5. Zukunfts-Symposium, veranstaltet vom Staatswissenschaftlichen Forum in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Erfurt, lädt am 7. Mai unter dem Motto „Die unvollendete Währungsunion: Wohin driftet Europa?“ in das Palmenhaus nach Erfurt ein. Unter den Referenten ist unter anderem mein Kollege Elmar Brok, Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. Mehr zum Programm finden Sie hier: *https://bit.ly/2KO6u5B*

### Synopse der Europawahlprogramme

Als Landesvorsitzender des gemeinnützigen Vereins „Europäische Bewegung Thüringen e.V.“ (EBT) freue ich mich sehr über unseren Dachverband, das Netzwerk „Europäische Bewegung Deutschland“ (EBD). Die EBD hat die Europawahlprogramme der wichtigsten Parteien (nicht aller 42, die auf dem Wahlschein stehen) in einer umfassenden Übersicht vergleichend gegenübergestellt. Anhand verschiedener Themen wie Grundrechte und europäische Werte, Demokratie, Bildung, Gleichstellung von Mann und Frau, Haushalt, Migration und Asyl, Außengrenzenschutz, Binnengrenzen, Verteidigung, Umwelt, Binnenmarkt oder transparente Gesetzgebung kann sich der Leser darüber informieren, welche Partei welches Ziel verfolgt. Hier geht's zum Download: *https://bit.ly/2vqzx4Y*

# Service und Termine

**★ Schwarzkopf-Stiftung „Junges Europa“**

Europa entdecken und es mit anderen teilen – die Schwarzkopf-Stiftung schickt Jugendliche auf Themenreise durch Europa. Dabei gehen die jungen Reisenden drängenden Problemen der Zukunft Europas, wie zum Beispiel der Digitalisierung der Arbeitswelt, auf den Grund oder suchen Vorbilder für Europa in Griechenland. Bewerben können sich Europäer zwischen 18 und 27 Jahren. Es sollen besonders diejenigen auf Reisen geschickt werden, die bisher wenig oder keine Auslandserfahrung sammeln konnten oder keinen akademischen Hintergrund besitzen. Bewerbungsschluss ist der 1. Mai. Alle weiteren Informationen finden Sie hier:
*https://schwarzkopf-stiftung.de/reisestipendien/*

**★ Fachtagung „Schulpartnerschaft mit Indien“**

Lehrkräfte, die an ihrer Schule eine deutsch-indische Schulpartnerschaft betreuen oder den Aufbau einer solchen Partnerschaft planen, erhalten im Rahmen der Fachtagung vom 23. bis 25. September in Bonn Informationen über Indien, Impulse für die Projektarbeit und die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch. Bewerbungsschluss ist der 24. Mai. Mehr Infos unter: *www.kmk-pad.org/veranstaltungen/details/fachtagung-zu-deutsch-indischen-schulpartnerschaften-1945.html*

**★ Vergabe von Rettungsdienstleistungen**

Die Vergabe von Rettungsdienstleistungen an anerkannte Hilfsorganisationen kann ohne europaweite Ausschreibung erfolgen. Denn die Vorschriften über die öffentliche Auftragsvergabe gelten nicht für den Transport von Patienten im Notfall. Das hat der Gerichtshof der EU jetzt entschieden. In der Verhandlung ging es um die Auslegung eines Artikels der EU-Vergaberichtlinie, nach der Dienstleistungen des Katastrophen- und Zivilschutzes sowie der Gefahrenabwehr ohne Ausschreibung an gemeinnützige Organisationen vergeben werden können. Die Frage war, ob Notfalltransporte von Kranken durch gemeinnützige Organisationen zu diesen Ausnahmen gehören und welche Voraussetzungen ein Hilfsdienst erfüllen muss, um als gemeinnützig anerkannt zu werden.

**★ Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden**

Noch bis zum 15. Mai können sich Künstler im Rahmen des Pilotprojekts „i-Portunus“ um Förderung für Auslandsaufenthalte bewerben. „I-Portunus“ wird durch das „Creative Europe“-Programm der Europäischen Union finanziert und unterstützt die kurzfristige Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden. Bewerben können sich Vertreter der darstellenden und der bildenden Künste, die für 15 bis 85 Tage in einem anderen Land arbeiten, ausstellen oder mit anderen Künstlern zusammenwirken wollen. Insgesamt steht ein Budget von einer Million Euro zur Verfügung, bis September wird es noch zwei weitere Aufrufe zur Einreichung von Bewerbungen geben. Erfahren Sie mehr unter: *https://www.i-portunus.eu/*

**★ Deutscher Mobilitätspreis**

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat den „Deutschen Mobilitätspreis“ ausgeschrieben. Mit dem Preis sollen Mobilitätslösungen gefördert werden, die Lebenswelten verbinden und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Ob Stau- und Lärmvermeidung in den Metropolen, die intelligente Verbindung zwischen Stadt und Land oder der Ausbau von Mobilitätsangeboten für ältere Menschen: Ziel ist es, in allen Regionen Deutschlands die Lebensqualität zu steigern und so auf gleichwertige Lebensverhältnisse hinzuarbeiten. Unternehmen, Start-ups, Städte und Gemeinden, Universitäten, Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen mit Sitz in Deutschland sind eingeladen, sich bis zum 19. Mai online mit ihren Projekten zu bewerben. Mehr Informationen finden Sie auf folgender Website: *https://www.deutscher-mobilitaetspreis.de*



Für Sie in Europa

evp - fraktion im europäischen parlament

Impressum

**Dr. Dieter-L. Koch, MdEP**
**Europabüro**
**Frauenplan 8**
**99423 Weimar**

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter

CDU

# EXTRABLATT

## Marion Walsmann, Spitzenkandidatin der CDU Thüringen zur Europawahl 2019

**AUSGABE: 4**
29. April 2019

**Nächste Ausgabe**
06. Mai 2019

**IN LEUTENBERG**
Mobilität für Azubis im ländlichen Raum verbessern
SEITE 1

**IN WEIMAR**
Gleich mehrere Termin in der Kulturstadt absolviert
SEITE 2

**IN KAMSDORF**
Rundtischgespräch: Mehr Kooperation statt Konfrontation
SEITE 2

**TERMINE**
Der aktualisierte Terminkalender
SEITE 2

## Zu Gast in Leutenberg: Mobilität für Azubis im ländlichen Raum verbessern

Foto: Seyfarth

Während meines „Politiker-Praktikums“ waren auch drei Baumpflanzungen vorgesehen. Auf dem Gelände der Werkstatt für behinderte Menschen in Altengesees legten dabei alle Beteiligten mit Hand an. Besonders die Baustelle zur Erweiterung des Hofladens, der mithilfe von ELER-Mitteln entsteht, macht künftig Lust auf einen Kaffeeplausch und Einkaufen.

**Im Rahmen der Initiative „GaLaBau in Politik & Praxis“ informierte ich mich am 23. April nach den Anliegen der kleinen und mittelständischen Firmen in der grünen Branche.**
Beim Garten- und Landschaftsbauunternehmen Andreas Reichenbächer in Leutenberg erkundigte ich mich vor Ort über die Ausbildung zum Landschaftsgärtner und wie Jugendliche für den grünen Ausbildungsberuf motiviert werden können. In seinem Betrieb bildet der Inhaber selbst aus. Das GaLaBau-Unternehmen sucht regelmäßig junge Menschen, die eine Ausbildung im Garten- und Landschaftsbau anstreben. „Ausbildung hat für uns oberste Priorität, denn es sind die Fachkräfte von morgen, die wir dringend in unserer Branche in Thüringen benötigen“ meint der Unternehmer, der als sich ehrenamtlich im FGL-Ausschuss Aus- und Weiterbildung des Fachverbandes Garten-, Landschaft- und Sportplatzbau Hessen-Thüringen engagiert. Allerdings ist es als mittelständischer Betrieb laut Andreas Reichenbächer zunehmend kompliziert, Auszubildende für den Beruf des Landschaftsgärtners zu gewinnen. Mobilität spielt hier eine große Rolle, denn viele GaLaBau-Betriebe befinden sich im Speckgürtel der Großstädte oder im ländlichen Raum. „Für Jugendliche, die gerade die Schule verlassen und noch keinen Führerschein haben, ist es nicht einfach, unsere Firmen aufgrund fehlender Verkehrsinfrastruktur überhaupt zu erreichen. Nur so können wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken“, meint Andreas Reichenbächer und wünscht sich eine finanzielle Förderung bei der Finanzierung der Führerscheine für Auszubildende. „Auch E-Bikes oder Motoroller für junge Menschen unter 18 Jahren während der Ausbildungszeit würden sich langfristig rechnen“, so der Geschäftsführer.
Wir Politiker sind in der Pflicht, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch im ländlichen Raum eine funktionierende Infrastruktur besteht. Denn Ausbildung muss überall in bester Qualität möglich sein.

**Marion Walsmann**
Spitzenkandidatin der CDU
Thüringen zur Europawahl 2019

**Europabüro**
Bahnhofstraße 8
99084 Erfurt

**TELEFON:** (03 61) 666 34 11
**WWW.**marion-walsmann.de
**MAIL:** info@walsmann.de
www.facebook.com/marion.walsmann

# EXTRABLATT

Marion Walsmann, Spitzenkandidatin der CDU Thüringen zur Europawahl 2019

## Mein Tag in Weimar: Vorstellungen - Gespräche - Infostand - Diskussionen

Foto: Seyfarth

Im Gespräch mit Dr. Frank-Michael Pietzsch von der Senioren-Union.

Mehrere Einladungen führten mich am 24. April nach Weimar. Beginnend mit einem interessanten Gespräch in der Hundeschule Passion - wo sich Inhaber Thomas Kümmel viel Zeit nahm - nutzte ich in der Mittagszeit die Gelegenheit, mit Bürgern am Infostand auf dem Goetheplatz ins Gespräch zu kommen. Den Kaffee am frühen Nachmittag trank ich dann gemeinsam mit Mitgliedern der Senioren-Union und Weimar-Werkern. Dort ergriff ich die Gelegenheit, mich und meine Ideen vorzustellen. Dr. Frank-Michael Pietzsch gab anschließend dem langjährigen Weimarer Europaabgeordneten Dr. Dieter-L. Koch das Wort. Gespannt lauschte auch ich seinen Ausführungen, die immer wieder Neues offenbaren und mich neugierig auf meine kommenden Aufgaben machen.

## Kamsdorfer Rundtischgespräch: „Mehr Kooperation statt Konfrontation“

Der heimischen Landwirtschaft kann es nur gut gehen, wenn es Europa gut geht. Darüber waren sich die Rundtisch-Teilnehmer am 23. April in Kamsdorf einig.
Wie eine gemeinsame Agrarpolitik funktioniert, das wollten die Mitglieder gleich von zwei EU-Experten wissen. Dazu begrüßte der Gastgeber, die Agrargenossenschaft Kamsdorf neben Albert Weiler (MdB), Dr. Peter Jahr auch mich. Sachsens Europaabgeordneter gab einen ersten Einblick in die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die maßgeblich dazu beträgt, dass auch die Thüringer Landwirte in offenen Märkten erfolgreich wirtschaften können. Diese Politik unterstützt die Wettbewerbsfähigkeit Thüringer Unternehmen, fördert umfassende und nachhaltige Landwirtschaft und stärkt die Attraktivität und Vitalität des ländlichen Raumes. Im Wahljahr 2019 macht der Thüringer Bauernverband einen Forderungskatalog auf. So soll der Mehrjährige Finanzrahmen 2021 bis 2027 über ein stabiles Budget verfügen. Dabei muss es möglich sein, Grundelemente und Konzeptionen der gemeinsamen Agrarpolitik einheitlich zu gestalten, um Wettbewerbsverzerrungen in Europa zu vermeiden. Die Thüringer Bauern fordern einen Kurswechsel im Antrags- und Kontrollsystem. Gleichfalls bewertet der Bauernverband jede Kürzung oder Deckelung der Direktzahlungen sowie jede Form der Umschichtung als nicht hinnehmbar. Auch die Ausbreitung des Wolfes wurde an dem Abend nicht ausgespart und führte zur Meinung, dass die Regelungen zum Artenschutz den neuen Realitäten unbedingt angepasst werden müssen. Schäden, die durch geschützte Tiere entstehen, sind vollständig zu entschädigen und sollten keinen beihilfrechtlichen Vorschriften unterliegen.

Nach der Podiumsdiskussion gab es ein Gruppenfoto mit meinen Gastgebern. (Foto: Seyfarth)

Bereich der EU-Politik fließt so viel Geld wie in die europäische Landwirtschaft. Dennoch müssen sich die Thüringer Landwirte bei der Reform der GAP nach 2020 auf erhebliche finanzielle Einschnitte einstellen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die GAP auch weiterhin einen verlässlichen Rahmen bildet. Ich setze dabei auf Kooperation statt Konfrontation und werde Anreize und Freiwilligkeit vor staatlichem Regulieren stellen. Ein erstes Mittel dürfte die Entschlackung der auf EU-Recht basierenden Reglementierungen, Kontroll– und Sanktionsverfahren werden.

## Meine Termine:

29. April, 18 Uhr: **Wahlarena von JEF und Europa-Union Thüringen**
Ort: Jena, Hörsaal 3 der FSU

30. April, 10 Uhr **Infostand am Rande des Markttages**
Ort: Meiningen

13.30 Uhr **Visite im Elisabethklinikum, Besuch der Grünen Damen**
Ort: Schmalkalden

03. Mai, 17 Uhr **Jahresempfang der CDU Erfurt und Stadtratsfraktio**
Ort: Flughafen Erfurt
**Mehr: www.marion-walsmann.de**